

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 6 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1076.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 3 Mk., Arbeitsmarkt 1 Mk. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: An die Ortskassierer! — An die Gau- und Ortsverwaltungen! — Die Not (Gebicht). — Das Ergebnis des Betriebsrätekongresses. — Erster Betriebsrätekongress Deutschlands. — Angestellte und Internationale. — Konferenz der Handweber und Heimarbeiterinnen Oberirankens. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen.

An die Ortskassierer!

In der Berechnungstabelle für Kranfengeldzuschuß sind einige Fehler enthalten. Bei der 200-Mk.-Klasse muß es in der ersten Rubrik heißen: für 6 Tage 12,60 Mk.; in der zweiten Rubrik: für 6 Tage 13,20 Mk. Die Kassierer sind gebeten, diese Fehler zu verbessern. Der Vorstand.

An die Gau- und Ortsverwaltungen!

Die Betriebsrätezeitung des A. D. G. B. wird den Gauleitungen und Ortsverwaltungen in je 1 Exemplar geliefert. Anträge auf Mehrlieferung können so lange nicht berücksichtigt werden, wie wir an die Varmer Beischlüsse des Beirats gebunden sind. Uebrigens ist die Zeitung durch das Ortskartell zu ermäßigtem Preise und durch die Post zu beziehen. Der Vorstand.

Die Not.

Von Hermann Wehner, Barmen.

Das ist die Zeit der schweren Not —
Bar des Erwerbs und ohne Brot
Läßt man den Armen ganz allein,
Nur überlassen seiner Pein.
Du, der dich wiegt Fortunz Schoß,
Was kümmert dich sein herbes Loß,
Du wohnst in deinem stolzen Haus
Und gehst in schmutzigen Kleidern aus.
Hast jeden Tag dein saftes Brot;
Du kennst sie nicht, die graue Not. —
Komm! — Willst einmal die Not du sehn? —
Dann mußt du durch die Gassen gehn,
Wo sich zwängt schmüßig Haus an Haus,
Wo Mutter Sorge ist zu Haus,
Da, wo man unter schwerer Fron
Sich schinden muß für larmen Lohn.
Wo nie zur Luft das Leben lockt,
Dumpe brütend die Verzweiflung hocht,
Dort, wo man flucht auf Mensch und Spott,
Komm mit! dort finden wir die Not! —
Sieh jenes abgehärmte Weib
Mit weller Brust und schwang'rem Leib,
Mit dem erloschenen müden Blick;
Frag' sie! — sie weiß nichts von dem Glück.
Sie lebt nur ihrer schweren Pflicht,
Des Lebens Sonne sehen ihr nicht.
Der Mann liegt sich auf dürft'ger Statt,
Dazu drei Hören, die nie satt;
Zwei nahm ihr der hammerzige Tod.
Das ist die Not, die graue Not.
Auf, schau zu jenem Fenster hin,
Wo sitzt die Heimarbeiterin!
Sie sitzt gebeugt und schaffst und wacht,
Wenn andre längst schon Schicht gemacht.
Und stich auf stich sie näht und näht
Oft bis die Nacht durchs Fenster weht;
Brennt auch ihr Auge noch so sehr,
Sind auch die Lider noch so schwer,
Doch vorwärts, vorwärts nur — fürs Brot!
Das ist die Not, die graue Not! —
Schau auf dem Straßendammbir an
Den imbaliden Leiermann!
Er zieht den Leierkasten nach
Und dreht den Schwengel Tag für Tag.
Mit bebender, verwehelter Hand
Spielt er ein Lied dem Vaterland.
Auf seiner Brust ein Kreuzlein blinkt,
Wofür auf einem Wein er hint.
So orgelt er fürs liebe Brot.
Das ist die Not, die graue Not! —
Späht dort nicht unterm dunklen Tor
Ein Weibsbild, leichtgeschürzt, hervor?
Gar blühend scheint dir ihr Gesicht;
Nur Krug, — so ist das Leben nicht.
Schau dir nur an die fahle Stirn,
Den aufgeschwundenen Blick der Dinn';
Sie lockt dich lächelnd: „Komm mit mir!“
Und doch, ihr Herz spricht nicht zu dir,
Die Seele ist ja längst schon tot.
Das ist die Not, die graue Not! —
Tritt durch dies düstere Portal
Mit mir ins Armenhospital,
Dort, wo von jedem Angefalt
Das graue Elend zu dir spricht.
Sie haben hoffend stets geschafft,
Bis sie die Not hat stumpf gemacht;
Nun sind sie schwach, nun geht's nicht mehr,
Zum Sterben schleppen sie sich her.
Hier zehren sie vom Gnadenbrot
Im Haus der Not, der grauen Not! —

Das Ergebnis des Betriebsrätekongresses.

Die Würfel sind gefallen. Sie fielen so, wie sie fielen mußten. Mit großer Mehrheit entschied sich der Kongress für die Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften. Keine 100 von annähernd 1600 Delegierten stimmten für die selbständige Betriebsräteorganisation. Dieses Ergebnis rechtfertigt unsere Ansicht. Der erste Schritt zur organischen Zusammenfassung der Betriebsräte ist mit dem Abschluß des Kongresses getan. Die Arbeit war nicht leicht. Sie mußte vollbracht werden unter den heftigsten Anstürmen der kommunistischen Opposition, die mit allen erdenklichen Mitteln den Kongress bearbeiteten, um die selbständige Betriebsräteorganisation durchzusetzen. Schon vor dem Zusammentritt des Kongresses wurde von der Opposition Sturm gegen den Kongress geläutet. Auf dem Kongress mußten die Stürme ihre Auswirkung finden. Der Kongress war zum Prüfstein darüber geworden, wie weit die Gewerkschaften „reit“ für die Einstellung auf die Moskauer Thesen sind. Freilich nicht um Moskau oder Amsterdam wurde gestritten — nur der russische Gast, der mit kommunistischer Unterstützung recht aktiv auf dem Kongress wurde, war so ungefährlich, Moskau als Allheilmittel zu empfehlen —, sondern um die Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb oder außerhalb der Gewerkschaften ging der Streit. Allzu offensichtlich trat auf dem Kongress der Wille der Opposition hervor, die Gewerkschaften zu einem Werkzeug der kommunistischen Internationale zu machen.

Trotz der heftigen Anstürme gelang es der Opposition nicht, aus dem festgefühten Gewerkschaftsbau Gesteine auszubringen, was eine schwere Schädigung der Gewerkschaftsbewegung bedeutet hätte. Betriebsräte und Gewerkschaften können nur ineinander verbunden ihre große geschichtliche Aufgabe erfüllen. Die Betriebsräte können nur innerhalb der Gewerkschaften zur Lösung ihrer Aufgaben befähigt werden. Diese Anschauung kam in der Abstimmung über die Resolution Brolat zum Ausdruck.

Wenn man den Kraftaufwand und die Regie der Opposition gegenüber dem Ergebnis in Rechnung stellt, so ist die Niederlage derselben eine eskatante. Die Opposition begnügte sich nicht nur damit, ihrer Meinung mit mehr oder weniger „kraftvollen“ Aeußerungen Ausdruck zu verleihen, sondern sie verjuchte auch mit allen Mitteln, den Kongress in seinen Arbeiten zu beeinträchtigen. Sie überschüttete den Kongress mit einer Flut von Anträgen. Abgelehnte Anträge wurden von neuem eingebracht. Am zweiten Verhandlungstag verlangte sie, daß Graßmann und Aufhäuser als Vorsitzende abgesetzt würden, welcher Antrag ebenfalls abgelehnt wurde. Kurz, die Opposition tat, was nur erdenklich und möglich war. Die Arbeitslosen wurden auf die Beine gebracht, um durch eine Demonstration den Kongress dahingehend zu beeinflussen, daß der Kongress — wie es geschah — dem angeblischen Reichsarbeitslosenrat Sitz und Stimme einräumte. Als der Kongress, der die Not der Arbeitslosen voll zu würdigen wußte, dem Verlangen des Reichsarbeitslosenrates zugestimmt hatte, jubelte die „rote Fahne“, das Organ der K.A.D., und feierte dies als „einen Sieg der Straße über den Kongress“.

Daß unter diesen Umständen die Meinungen scharf auseinanderlachten, ist erklärlich. Ja, oftmals schien es, als ob der Wunsch Rich. Müllers in Erfüllung gehen sollte den er im „Arbeiter-Rat“ Nr. 40 in einem Artikel, betitelt „Der Kongress der freigewerkschaftlichen Betriebsräte“, in folgender „geschmackvoller“ Form Ausdruck gibt:

„Die Komödie Wissell-Gilferding wird von Dikmann-Körpel-Brolat zu Ende gespielt, wenn nicht vorher die Betriebsräte den ganzen Plunder auseinanderreißen.“

Dies ist mehr als deutlich!
Wenn die Regie der Kommunisten immer vorzüglich klapperte — in diesem Falle verjagte sie.

Wenn der Kongress durch die erstatteten Referate aus den Tiefen heraus auf die Höhe geführt war, so ist er immer wieder durch unsinnige Geschäftsordnungsdebatten, veranlaßt durch die Opposition, in die Tiefe hinabgerissen worden. Die Opposition offenbarte mit ihrem Treiben einen geistigen Tiefstand, wie wir ihn innerhalb der Arbeiterbewegung noch nie beobachtet haben, und es hat keine Richtigkeit, wenn ein Redner der Mehrheit zum Ausdruck brachte, „daß die Opposition in einer Weise aufträte, daß man sich vor der Welt schämen müsse“. Es wäre schlimm bestellt um die Arbeiterbewegung, wenn sie in die Hände dieser sinnlos waltenden Kräfte gelangen würde. Sie sind wie geschaffen zur Zerstörung alles dessen, was sich die Arbeiterchaft in mühevoller Arbeit unter großen Opfern geschaffen und aufgebaut hat. Die Arbeiterbewegung muß getragen werden von hohen sittlichen und moralischen Kräften. Diese Werte, die der kämpfenden Arbeiterchaft immer innewohnen, haben wir bei dieser Opposition vollständig vermisst.

Während Wissell uns in seinem Referat „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands“ ein graues Bild der Not, der Armut und

der Ohnmacht bot und planmäßige, nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen geregelte Wirtschaft verlangte, weil die heutige Wirtschaft unfähig sei, die Probleme zu lösen, die der Krieg erzeugt habe, so hat uns Dr. Gilferding in recht wertvollen Ausführungen die Zusammenhänge zwischen Staatswirtschaft und Volkswirtschaft in seinem Referat „Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung“ gezeichnet.

Sozialismus ist eine Machtfrage. Seine Durchsetzung hängt nicht nur ab von der Macht und dem Willen der Arbeiterklasse, sondern auch von der Stärke des Widerstandes der nichtsozialistischen Schichten. Wir müssen daher das Tempo der Sozialisierung einstellen nach der genauen Abschätzung dieser Kräfte und Gegenkräfte. Bei der Entscheidung über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft muß die ganze Kraft der Arbeiterchaft eingesezt werden für den Vorschlag der Sozialisierungskommission, der die Vollsozialisierung will. Er verweist auf die hohe Aufgabe der Gewerkschaften, die zu erfüllen sei. Nur wenn der Machtwille der gesamten Arbeiterchaft auf diesen Kampf eingestellt wird, sei es möglich, den ersten Schritt zur Sozialisierung zu tun.

Nach kurzer Debatte wurden die von den Referenten Wissell und Dr. Gilferding vorgelegten Resolutionen gegen einzelne Stimmen angenommen. Bemerkenswert war, daß diejenigen, die Wissell und Gilferding schon im voraus den Kampf angelegt hatten, weil es eben Wissell und Gilferding waren, verstimmt und letzten Endes den Resolutionen zustimmten. Die Referate über „Die Aufgaben der Betriebsräte“ (Referenten Dikmann und Körpel) und „Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte“ (Referent Brolat) wurden zusammengelegt. Auf Beschluß des Kongresses, nachdem er seinen ersten Beschluß forrigierte, wurden von der Opposition zwei Korreferenten (Brandler und Müller) gestellt. Während Dikmann und Körpel die Zusammenfassung der Betriebsräte in Gewerkschaften vertraten, vertraten Brandler und Müller die Zusammenfassung der Betriebsräte in einer selbständigen Organisation. Während Dikmann mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall auslöste, brachte es Brandler mit seinen mehrhin sachlichen Ausführungen nur zum Achtungserfolg. Die Ausführungen Müllers fanden aber nur recht wenig Beachtung.

Die Debatte war kurz und nach den Schlußworten der Referenten kam der Kongress am dritten Tage — zwei Tage waren nur in Aussicht genommen — zu dem entscheidenden Moment seiner Tagung. Die Würfel sollten und mußten fallen, um den Betriebsräten für ihre Tätigkeit nicht nur eine Richtschnur, sondern Ziel und Richtung zu geben, damit die Kräfte nicht in endlosen Streitigkeiten verzettelt würden, anstatt in positiver Arbeit genutzt zu werden. Die Würfel fielen, wie sie fielen mußten. Mit großer Mehrheit entschied sich der Kongress für die Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften. Dieses Ergebnis rechtfertigt unsere Ansicht.

Wenn es manchmal scheinen wollte, als ob die Phrase den Sieg davortragen sollte, so zeigte sich doch immer in den entscheidenden Abstimmungen, daß der Kongress die Phrase ablehnte und sich auf den realen Boden der Tatsachen stellte.

Der Streit ist entschieden. Nunmehr aber an die Arbeit und im Sinne des Kongresses gewirkt! Das muß die Aufgabe der Betriebsräte sein. Der Bruderkampf hat lange genug gedauert, nunmehr sei die Front gegen den Feind, den Kapitalismus gerichtet, damit dem Sozialismus zu seinem Siegeszug der Weg bereitet wird.

Erster Betriebsrätekongress Deutschlands.

1. Verhandlungstag.

Der Kongress tagte vom 5. bis 7. Oktober im großen Saale der „Neuen Welt“. Der riesige Raum war fast ganz von den Delegierten eingenommen. Sie saßen an langen Tischreihen, nach Industriegruppen geordnet. Die schmalen Seitenräume unter den Galerien und diese selbst waren für Zuhörer reserviert, aber nicht stark besetzt.

Graßmann, zweiter Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr namens des geschäftsführenden Ausschusses der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa. Er begrüßte die Delegierten und die Vertreter der Behörden. Es hatten Vertreter entsandt: der Reichskanzler, das Reichsarbeits- und Wirtschaftsministerium, der Kultusminister; von den auswärtigen Regierungen Schweden durch Genossen Jansson; die Schweiz durch Kopp. Die Stadt Berlin war vertreten durch Bürgermeister Reide und Osterreich durch 3 Vertreter. Norwegen ist durch Vonnens wie vertreten.

Die Zahl der mit beschließender Stimme anwesenden Delegierten betrug 953.

Graßmann sagte, das Bestreben der Arbeiter, mitzubestimmen im Produktionsprozeß, sei nicht erst mit der Revolution geboren, sondern schon in dem Augenblick entstanden, als die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Lage im Wirtschaftsprozeß kamen. Trotz der großen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung habe der Einfluß der Arbeiter nicht Schritt gehalten mit der Steigerung der Macht des Unternehmertums. Das Streben der Arbeiter um Mitbestimmung im Betriebe sei auch wesentlich durch das Willkürregiment der Unternehmer entstanden. Die Zunahme der Wirtschaftskrisen hat die Arbeiter ebenfalls veranlaßt, größeren Einfluß auf

den Wirtschaftsprozess zu gewinnen. Ebenso die Folgen des Friedensvertrages und die daraus entstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Revolution hat das Vertrauen der Arbeiter in ihre Macht gestärkt. Das zeigt sich in dem Wachstum der Gewerkschaften. Die Arbeiterbewegung hat den Ruf: Nur Arbeit kann uns retten, aufgenommen, aber sie fordert, daß alle arbeiten. Darum wollen wir bei der Produktion mitwirken, darum verlangen wir auch die Sozialisierung, nicht nur als Verstaatlichung, sondern in der höheren Auffassung der Allgemeinheit. Diesen Bestrebungen sollen die Arbeiter des Kongresses dienen. Das Vertriebsrätegesetz genügt uns in seiner gegenwärtigen Fassung nicht. Es ist der Kampfbojen, auf dem die Arbeiterbewegung weitere Reize erkrämpfen wird. Aber wir wären töricht, wollten wir nicht alle Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, im Interesse der Arbeiter ausnützen. In dieser Richtung sind die Gewerkschaften tätig gewesen durch Einrichtung von Kurien für Betriebsräte. Die sozialisierte Wirtschaft muß die höhere Wirtschaft bedeuten. Doch Sozialismus bedeutet Opfer, Streben für das Ganze. Auf diesen Kongreß sieht nicht nur das deutsche Volk, sondern auch das Ausland. Möge deshalb jeder Teilnehmer des Kongresses bemüht sein, Meinungsverschiedenheiten brüderlich zum Ausdruck zu bringen. In diesem Sinne begrüße ich den Kongreß mit einem herzlichem „Glück auf!“

Zur Vervollständigung der Leitung, die in den Händen des geschäftsführenden Ausschusses liegt, empfahl Graßmann, aus den Reihen der Delegierten zwei Vorsitzende und acht Schriftführer hinzuzuzählen. Diesen Vorschlag bekämpfte Habermeier. Er beantragte, das Bureau nur aus Delegierten zusammenzusetzen. Dieser Antrag wurde gegen eine starke Minderheit abgelehnt und es wurden, dem Vorschlage Graßmanns entsprechend, neben dem geschäftsführenden Ausschusse zwei Vorsitzende und acht Schriftführer zur Leitung des Kongresses gewählt.

Köenen-Merfelding kritisierte die Art der Einberufung des Kongresses und erklärte namens der Opposition, nicht die Gewerkschaftsintendanten, sondern die gesamte Arbeiterbewegung müsse bestimmend sein. Der auf Grund des Wahlreglements zusammengetretene Kongreß sei kein Spiegelbild der Arbeiterbewegung, sondern der Gewerkschaftsintendanten. Wir verlangen einen Kongreß aller Betriebsräte, auf den die Gewerkschaftsvertreter keinen Einfluß haben.

Aufhäuser wandte sich gegen die Ausführungen des Vorredners. Das Wahlreglement sei von den Vertretern der Betriebsräte beschlossen. Gewiß habe es Mängel, aber man könne doch nicht sagen, dieser Kongreß sei nicht die Vertretung der Betriebsräte, sondern der Gewerkschaften. Auch der Seite, die hier als geschlossene Opposition auftritt, ist es nicht gelungen, einen Kongreß aller Betriebsräte zu veranstalten. Wir wollen, daß die Betriebsräte mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Auf Vorschlag von Graßmann nahm der Kongreß die Erklärung von Köenen zur Kenntnis und ging zur Tagesordnung über.

Zur vorgelegten Tagesordnung beantragte **Stöves-Düffelhoff**, zu allen Punkten Korreferenten zu bestellen, da die aufgestellten Referenten Gewerkschaftsvertreter seien und ihren Standpunkt einseitig zum Ausdruck bringen würden.

Graßmann: Ich beantrage nicht, daß man die Aufstellung von Korreferenten verlangt, ehe man weiß, was sie sagen werden.

In der weiteren Debatte wurde gegen die Aufstellung von Korreferenten betont, daß nicht politische Gegensätze zum Ausdruck gebracht werden sollten, denn sonst müßte man für jede Partei einen Korreferenten bestellen. Der Antrag, zu allen Punkten Korreferenten zu stellen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und die von den Einberufern aufgestellte Tagesordnung genehmigt.

Schaumburg-Berlin beantragte, in der Diskussion nur Betriebsratsmitglieder, aber nicht Gewerkschaftsvertreter zum Worte kommen zu lassen. Dieser Antrag wird abgelehnt. Zu den die Betriebsratsorganisation und deren Aufgaben betreffenden Punkten der Tagesordnung sollte von jeder Richtung der erste Diskussionsredner dieselbe Redezeit erhalten wie die Referenten. Es wurde weiter beantragt, die in Deutschland weilende Delegation der russischen Gewerkschaften zum Kongreß einzuladen. Dazu bemerkte

Graßmann, die Delegation habe sich nur dann an die deutschen Gewerkschaften gemandt, wenn sie sie brauchte, wie z. B. zur Einreiseerlaubnis. Wir haben erst am Freitag mit dieser Kommission verhandelt, sie hat aber nicht den Wunsch geäußert, an unserem Kongreß teilnehmen zu wollen. Bei aller Sympathie für unsere ausländischen Arbeitsbrüder haben wir doch keine Veranlassung, diesen nachzulassen. (Vereinzelter Pfui!) Selbstverständlich ist gegen die Teilnahme am Kongreß nichts einzuwenden.

Einstimmig wurde die russische Delegation zu der Tagung eingeladen. Das Bureau wurde beauftragt, sich um die Einreiseerlaubnis für die noch zurückgebliebenen Mitglieder der russischen Delegation zu bemühen. Dazu bemerkte

Graßmann, daß dies bereits in ausreichendem Maße geschehen sei, leider aber nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

„Die wirtschaftliche Lage Deutschlands“

nahm das Wort der Referent **Rudolf Wisell:** Er bemerkte zunächst, er werde nicht als Vertreter einer Partei sprechen, sondern nur Tatsachen vorführen. Dann führte der Redner aus: In unserer Wirtschaft ist es Winter geworden. Wir sind im buchstäblichen Sinne des Wortes arm geworden. Die Ernte entspricht nicht den Erwartungen und selbst wenn sie den besten Erwartungen entsprochen hätte, würde sie nicht ausreichen, um das deutsche Volk zu ernähren. Wir müßten schon im Frieden einen erheblichen Teil unseres Nahrungsmittelbedarfs aus dem Ausland einführen. Dazu kommt jetzt, daß uns große landwirtschaftliche Gebiete Deutschlands verlorengegangen sind und daß der Boden infolge von Erschöpfung einen bedeutend geringeren Ertrag liefert wie früher. Der Rückgang beläuft sich auf 30 bis 40 Prozent. Wir sind also auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen, aber auch auf die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie, besonders für die Textil- und Eisenindustrie.

Auch bedeutende Gebiete der Eisenerzgewinnung sind uns durch den Friedensvertrag verlorengegangen. Während wir im Frieden 1 1/2 Millionen Tonnen Roheisen erzeugten, können wir jetzt nur 4 1/2 Millionen Tonnen produzieren. Wir müssen also Roheisen einführen. Dazu brauchen wir Zahlungsmittel. Gold haben wir nicht zur Bezahlung, was uns fehlt, ist auf Kredit beschaffen. Es muß also später einmal bezahlt werden. Unsere Produktions- und Verkehrsmittel stehen bei weitem nicht mehr auf der Höhe, die sie haben müßten, um den Ansprüchen der Wirtschaft zu genügen. Auch die menschliche Arbeitskraft ist infolge der jahrelangen Unterernährung sehr erheblich geschwächt. Die Krankheitsziffern in unserem Volke haben eine erschreckende Höhe erreicht. Wenn wir das alles betrachten, dann kommt uns erst der in den letzten Jahren betriebene Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft zum vollen Bewußtsein. Und mit dieser geschwächten Arbeitskraft müssen wir viel mehr einführen und bezahlen wie im Frieden. Dazu kommen noch die wahnsinnig hohen Forderungen, die die Entente an uns stellt. Wir müssen unsern Bedarf, den wir vom Auslande brauchen, mit Waren bezahlen. Was wir im Frieden brauchten, haben wir bezahlt mit unserer Ausfuhr und mit den Erträgen unserer Schifffahrt. Heute haben wir keine nennenswerte Schifffahrt mehr, auf keinen Fall reicht sie auch nur annähernd aus, um als Zahlungsmittel für die Einfuhr in Betracht zu kommen. Unsere Einfuhr hatte im Frieden einen Wert von 11 Milliarden Mark, das sind nach dem heutigen Geldwert wenigstens 22 Milliarden Goldmark oder 200 Milliarden Papiermark im Jahre. Wir können nicht die Hälfte dieses Wertes in Waren schaffen. Wenn wir aber die zur Bezahlung der Einfuhr erforderlichen Waren nicht erzeugen können, so bedeutet das, daß bei uns in Deutschland noch auf lange Zeit hinaus Schmalhans Küchenmeister sein wird. Angesichts dieser Verhältnisse muß man sich fragen, ob unsere Wirtschaft noch nach den bisherigen Grundsätzen und Maximen betrieben werden kann. Im Krieg forderte man von den Kriegsteilnehmern Eingabe an

die Gesamtheit bis zur Aufopferung. Daheim aber, in der Kriegswirtschaft galt nur das Profitstreben und der Gewinnanreiz als ausschlaggebender Faktor. Die Ströme roten Blutes, die draußen vergossen wurden, verminderten sich für die industriellen Krieger des Krieges zu Strömen glühenden Goldes. Dieses Wirtschaftssystem kann uns natürlich nicht aus dem Elend heraushelfen. Dieses System hat im höchsten Maße entfesselnd gewirkt. Das ist die Folge der bürgerlichen Wirtschaftsweise, welche meint, dem Allgemeininteresse werde am besten gedient, wenn man dem einzelnen den freiesten Spielraum lasse. Heute wo man vor den Folgen dieser Wirtschaft steht, vor den Abwärtsschwierigkeiten im Auslande, wirft man dem Arbeiter die hohen Löhne vor und spricht nicht von denen, die mit den wucherischen Preissteigerungen den Anfang gemacht haben.

Die Unternehmer verlangen die Befreiung der Ausführungen, und leider gibt es Betriebsräte, die in das selbe Horn stoßen. Kein Tag vergeht, wo nicht Eingaben von Betriebsräten kommen, welche diese Forderung der Unternehmer unterstützen. Diesen Betriebsräten fehlt die Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Das Wesen der jetzigen Krise ist nicht begründet in einem Unterconsum, sondern in einer Unterproduktion. Die Warenpreise sind so hoch, daß sie nur von den wenigen gezahlt werden können. Deshalb stockt der Absatz und die Produktion geht zurück. Man fängt an, zu begreifen, daß die freie Wirtschaft das Elend, in dem wir uns befinden, nicht meistern kann. Neue Formen der Wirtschaft sind notwendig. Die heutige Wirtschaftsordnung wird das Elend nur vergrößern. Man hat den Arbeitern in den letzten Jahren immer gesagt, nur Arbeit kann uns retten. Die Arbeiter hielten das für einen Vorwurf, daß sie nicht genug arbeiten. Sie fühlten, daß ein solcher Vorwurf unbillig ist und daß andere Ursachen an unserem wirtschaftlichen Elend schuld sind. Daß dies Gefühl richtig ist, das zeigt sich jetzt an den zahlreichen Stilllegungen von Betrieben durch die Unternehmer. Hiergegen müssen Maßnahmen getroffen werden. Vor allem gilt es, die Produktion so ergebnisreich wie möglich zu gestalten und die Wirtschaft nach den Interessen der Allgemeinheit einzustellen. Auf diesem Gebiet liegt auch die Aufgabe der Betriebsräte. Betrachten Sie die Dinge objektiv, suchen Sie einzubringen in die wirtschaftlichen Probleme, dann werden Sie den großen Aufgaben gerecht werden, die Sie in unserem Wirtschaftsleben erfüllen müssen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf trat die Mittagspause ein. In der Nachmittagsitzung führte Aufhäuser den Vorsitz. Er begrüßte die erschienene Delegation der russischen Gewerkschaften und sprach den Wunsch aus, daß ihre Teilnahme am Kongreß zur gegenseitigen Verständigung beitragen möge.

Ein Antrag Müller verlangte, daß einer der russischen Vertreter im dritten Punkt der Tagesordnung ein Referat über den Aufbau der russischen Gewerkschaften halte. — Dazu bemerkte Aufhäuser, der Antrag erübrige sich, denn es könne jeder der russischen Gewerkschaftsvertreter in der Diskussion das Wort nehmen und auf Wunsch auch verlängerte Redezeit erhalten. — Der Antrag Müller wurde abgelehnt und dem Vorschlage Aufhäusers zugestimmt.

Lojowsky erhielt hierauf als Führer der russischen Delegation das Wort zu einer Begrüßungsrede. Statt dessen verliest er ein Manuskript des Inhaltes wie das, was er vor einigen Wochen in der ersten Versammlung verlesen hatte, die anlässlich der Anwesenheit der russischen Delegation in Berlin im gleichen Saale abgehalten wurde. Damit war schon vor dem zweiten Punkt der Tagesordnung das erreicht, was der Antragsteller Müller im dritten Punkt der Tagesordnung erzielen wollte. Der Vortragende schloß mit einem Appell an die Solidarität des westeuropäischen Proletariats für den Kampf der russischen Arbeiter zur Verwirklichung des Sozialismus in der ganzen Welt.

Vorsitzender Aufhäuser bemerkte unter ziemlich allgemeiner Zustimmung, daß diese Rede weit über den Rahmen einer Begrüßungsrede hinausging und daß es innerhalb der Tagesordnung des Kongresses nicht möglich sei, die Polemik des russischen Vertreters gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu beantworten. Die deutschen Arbeiter wissen, daß die gesamte Arbeiterbewegung der ganzen Welt ihre stärkste Stütze im Internationalen Gewerkschaftsbund habe. (Lebhafte Zustimmung.) Was der deutschen Arbeiterbewegung zur Genugtuung dient, ist, daß sie eine rein proletarische Bewegung ist, die nicht in den Händen von Professoren und Literaten liegt. Das muß mit aller Entschiedenheit betont werden. (Lebhafte Beifall.)

Das Referat zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung“

Silberding: Er führte unter anderem aus: Die deutsche Arbeiterschaft kam durch die Revolution zur Macht in einer Zeit, wo die Vorbereitungen zur Erhaltung ihrer Macht noch nicht gegeben waren. Am 9. November hatten wir die politische Macht allein. Ein großer Teil der Arbeiter war aber der Meinung, er könne die Macht nicht ausüben, ohne die Koalition mit den bürgerlichen Parteien fortzusetzen. Die Revolution geriet in Gefahr, in Lohnbewegungen aufgelöst zu werden. So kam es, daß in der ersten Periode nach der Revolution die Sozialisierung keine Fortschritte machte. Die Arbeiterbewegung hat sich der ökonomischen Macht nicht bemächtigt. So kamen dann die Kämpfe innerhalb der Arbeiterklasse, die es gestalteten, daß das Bürgertum seine Macht wieder befestigen konnte.

In den ersten Monaten der Revolution wurde die Arbeitszeit verkürzt, die Löhne gingen in die Höhe. Diese Bewegung hat aber nicht lange angehalten. Heute sind die Löhne in Deutschland niedriger wie in irgendeinem anderen Lande. Vermögens- und Erbschaftssteuern wurden noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung dekretiert. Die von der Nationalversammlung beschlossenen Besitzsteuern sind bis jetzt nicht erhoben. Die Einkommensteuern werden jetzt nur erst von den Arbeitnehmern durch Lohnabzug erhoben, während von den übrigen Bevölkerungsschichten bis jetzt noch nicht die neuen Steuersätze erhoben werden. — Die Kaufkraft der breiten Masse ist so geschwächt, daß die Produktion keinen Absatz mehr findet, denn die Löhne sind sehr stark hinter den Preisen zurückgeblieben. In England und Frankreich sind die Löhne sechs- bis siebenmal so hoch als in Deutschland. Die Zeit nach der Revolution ist nach einem kurzen Aufstieg zu einer Periode der Verelendung geworden. Dagegen hat die ökonomische Macht der Kapitalistenklasse nichts eingebüßt. Profitraten von 100–200 Prozent sind nichts seltenes. Gleichzeitig hat sich eine innere Stärkung der Kapitalistenklasse vollzogen. Es setzt sich auch eine immer größere Herrschaft der Kapitalmagnaten durch.

Die fortschreitende Geldentwertung hat ihre Ursache in der Zerrüttung unseres Staatshaushalts. Wir haben im Rechnungsjahr ein Defizit von 66 Milliarden und 236 Milliarden Schulden, und für weitere Verpflichtungen wird noch Deckung gesucht. Unter dieser Defizitwirtschaft müssen wir auf das Schmerzlichste leiden. Die Methoden der bürgerlichen Steuer- und Wirtschaftspolitik können uns nicht über den Berg helfen, ohne daß die Massen noch weiter verelendet werden. Notwendig ist eine Steigerung der Produktion, wenn wir aus dem Massenelend herauskommen wollen. Die Wirtschaft muß planmäßig eingerichtet werden zur Deckung der Nachfrage. Das heißt Abschaffung der privatkapitalistischen Wirtschaft und Einführung der sozialistischen Wirtschaft. Die kapitalistische Wirtschaft hat zur Konzentration der Betriebe und der Kapitalien geführt, dann zur Trübfelbildung und zur Verbindung der Industrie mit dem Bankkapital.

Für uns handelt es sich um die Frage, ob die Wirtschaft hierarchisch oder demokratisch organisiert sein soll. Wir verlangen, daß die Produktion nicht ausgebeutet wird im Interesse einzelner Kapitalmagnaten, sondern im Interesse der Gesamtheit. Darum kann es für den Sozialisten kein Zusammenarbeiten mit der Kapitalistenklasse geben. Wir können nicht die Kapitalisten als Leiter der Produktion erhalten und die Preise durch Verordnung regeln.

Solange der Kapitalismus besteht, bleiben auch seine Preisgesetze bestehen. Diese können wir nicht ausschalten. Über den Kapitalismus können wir aus der Produktion ausschalten. Es ist unüberschreibbar, den Kapitalismus beizubehalten, aber die aus ihm entspringenden Gefehre durch Verordnung aufzuheben. Auch der Grundgedanke ist zu verwerfen, daß in der Wirtschaft Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern herrschen soll. Das ist ja gar keine Parität, wenn auf der einen Seite wenige Kapitalisten, auf der anderen Seite die vielen Arbeiter stehen. Eine solche „Parität“ befestigt die Macht der Kapitalisten. Für uns scheidet jede Art der Planwirtschaft aus. Wir fordern die Ausschaltung des Kapitalismus. Sozialismus ist eine Machfrage. Die Sozialisierung muß in Westeuropa so vollzogen werden, daß der Fortgang der Produktion nicht gestört und daß die Produktion gesteigert wird, denn was wir brauchen, müssen wir mit Waren bezahlen. Der Sozialismus stellt hohe Anforderungen an die geistigen Fähigkeiten der Arbeiter. Wenn sie auch durch den Sozialismus die Herren der Produktion werden, so müssen sie sich doch bewußt sein, daß sie Arbeiter bleiben. Eine richtig durchgeführte Sozialisierung bringt ohne Zweifel eine Steigerung der Produktion mit sich, denn wenn die Arbeiter nicht mehr für den Kapitalisten, sondern für den Bedarf der Gesamtheit arbeiten, dann werden sie die Freude am Werk haben, die ihnen die kapitalistische Wirtschaft nicht geben kann. — Kopf- und Handarbeiter müssen zusammenarbeiten. Gegen diese Verbindung kann keine Macht der Welt aufkommen.

Unter Sozialisierung verstehen wir nicht Zentralisierung und Bürokratisierung, sondern eine demokratisch-parlamentarisch organisierte Produktion. Dabei wird der Wettbewerb, der zur Verwahrlosung der Produktion nötig ist, keineswegs ausgeschaltet. Es liegt auch im Interesse des Arbeiters, die Technik zu vervollkommen. Es ist ja gar nicht richtig, daß es die Initiative der Unternehmer ist, die den Produktionsprozess verbessert. Ihre Erfolge liegen meist auf kaufmännischem Gebiet. Die Fortschritte in der Technik werden meistens von Angestellten und Arbeitern gemacht. Die technischen Leiter werden einer sozialisierten Industrie genau so zur Verfügung stehen wie dem Kapitalismus. Das erste Ziel unseres Kampfes muß sein, uns in den Besitz der Machtpositionen des Kapitals zu setzen und sie im Interesse der Allgemeinheit auszunutzen. Wenn wir die wichtigsten Rohstoffe: Kohle, Eisen, Elektrizität in der Hand haben, dann können wir die ganze Industrie beherrschen und die Gemeinwirtschaft durchführen.

Bei der Sozialisierung der Landwirtschaft darf der Großgrundbesitz nicht zerschlagen werden. Wir wollen auch die Bauern nicht enteignen. Für die Sozialisierung kommen in Westeuropa andere Methoden in Frage wie in Rußland.

Die traurigen Zustände im Baugewerbe drängen zur Sozialisierung. Wir brauchen die Kommunalisierung des städtischen Grundbesitzes und eine sozialistische Wohnungspolitik. Auch die Industrien der Kunststoffe müssen in Verbindung hiermit sozialisiert werden.

Für unsere Tagung ist ein Gebiet von großer Bedeutung: Der Reichswirtschaftsrat wird sich noch in dieser Woche mit den Vorschlägen der Sozialisierungskommission beschäftigen. Es liegen zwei Vorschläge vor, der eine ist für die Vollsozialisierung des Bergbaues, der andere für die Teilsozialisierung, bei der der Kapitalist erhalten bleibt. Mein Standpunkt ist der, daß die Vollsozialisierung des Bergbaues unsere Mindestforderung ist. Wenn wir schon nicht alle Industriezweige zugleich sozialisieren können, dann muß wenigstens das, wo wir sozialisieren, der Kapitalismus ganz ausgeschaltet werden. Der Vorschlag der Teilsozialisierung wird uns einen 30-jährigen Krieg mit dem Unternehmertum bringen, denn sie werden in der Ubergangszeit alles daran setzen, um den Betrieb für sich zu behalten. Die kapitalistische Herrschaftstellung bleibt bei der Teilsozialisierung erhalten und das Interesse der Arbeiter an der Produktion kann dabei nicht aufkommen. Wenn die nötige Kampfesimmung in der Arbeiterbewegung erzeugt werden soll, kann es nur geschehen im Kampf für die Vollsozialisierung und in dem Bewußtsein, daß die Sozialisierung der anderen Industrien nachfolgt.

Im Kampf für die Sozialisierung haben die Gewerkschaften und die Betriebsräte ihre ganze Kraft einzusetzen. Es ist sehr wichtig, daß die Gewerkschaften eine geistige Umwandlung erfahren haben. In England hat sich der Bildsozialismus herausgebildet, der sich auf die Gewerkschaften stützt. Das hat zur Voraussetzung das Zusammengehen von Hand- und Kopfarbeitern und die Umbildung zu Industrieverbänden. Damit sind die englischen Gewerkschaften unmittelbar zu Trägern des Sozialismus geworden. Auch in den deutschen Gewerkschaften haben wir in dieser Hinsicht einen Fortschritt erlebt. Die Bergarbeiter verlangen die Sozialisierung. In diesem Kampf müssen sich alle Gewerkschaften hinter die Bergarbeiter stellen. Das setzt allerdings gewisse Umformungen voraus, wie sie die englischen Gewerkschaften vollzogen haben.

Wenn die Betriebsräte ihre Aufgaben erfüllen sollen, müssen sie sich die erforderliche Bildung erwerben. Sie dürfen nicht den Betriebszweck im Auge haben, sondern den Zweck, den Sozialismus durchzuführen. D diesem Zweck müssen alle Augenblicksinteressen untergeordnet werden. Schwere Kämpfe stehen bevor. Dazu brauchen wir die Einigkeit des Proletariats. (Sehr richtig!)

Im Kampf für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues können wir das gesamte Proletariat einigen. Haben wir in diesem Kampf gesiegt, dann haben wir eine Machtposition errungen, von der aus wir die Sozialisierung weiter betreiben können. Wir führen diese Kämpfe in der Ueberzeugung, daß wir dadurch eine neue Ära der Kultur herbeiführen. Wir wollen uns für diesen Kampf stärken. Er ist des Preises wert. Wir brauchen zu diesem Kampf auch etwas, was uns seit dem 4. August mehr und mehr abhanden gekommen ist: Mehr Idealismus. Wir brauchen uns die Idee des Sozialismus nicht verwässern lassen, wir wollen sie tragen bis zum Siege. (Lebhafte Beifall.)

Damit schloß die Sitzung um 6 1/4 Uhr.

2. Verhandlungstag. Der Vorsitzende Graßmann eröffnete die Sitzung kurz nach 9 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Schaumburg-Berlin eine längere Erklärung der Fraktion der U. S. P. und der R. P. D. D. Diese Erklärung protestiert gegen die Ausführungen, die der Vorsitzende Aufhäuser gegen die Rede des russischen Gewerkschaftsvertreters Lojowsky gemacht hat. Die Leitung habe damit gezeigt, daß sie nicht unparteiisch sei. Die Fraktionen der U. S. P. und der R. P. D. seien mit den Ausführungen Lojowskys einverstanden und gewillt, den Kampf der russischen Genossen für die Weltrevolution zu unterstützen.

Diese Erklärung wurde von der Mehrheit mit Unwillen und Schlußrufen, von der Minderheit mit Beifall aufgenommen. Vor. Graßmann erklärt sich mit den gestrigen Ausführungen Aufhäusers vollkommen einverstanden. Es sei notwendig gewesen, die Angriffe Lojowskys gegen die deutschen Gewerkschaften zur Uebersicht zu weisen. Aufhäuser habe seine Pflicht erfüllt, indem er die Würde des Kongresses wahrte. (Beifall der Mehrheit, Widerspruch der Minderheit.)

Dieser Zwischenfall zeitigte eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Mehrere Redner der Opposition stimmten der von Schaumburg verlesenen Erklärung zu und griffen die Leitung des Kongresses heftig an. — Redner der Mehrheit traten diesen Ausführungen entgegen, billigten die Haltung der Leitung und verlangten, daß die praktische Arbeit des Kongresses nicht durch solche Ausfälle, wie sie die Opposition ins Werk gesetzt habe, gestört werde. In diesem Sinne äußerte sich auch der Vorsitzende Graßmann, der er suchte, solche Demonstrationen zu unterlassen, da sonst die Geschäfte des Kongresses nicht erledigt werden könnten.

Ein Redner der Opposition trat hiernach auf und beantragte, daß die Vorsitzenden Grafmann und Aufhäuser abgesetzt und zwei Vorsitzende aus den Reihen der Betriebsräte gewählt würden. (Murmure und Widerspruch.) Ein Redner der Mehrheit bezeichnete es als einen Skandal, daß sich eine Opposition gebildet habe, die in solcher Weise auftritt, daß man sich vor der Welt schämen müsse. (Weißfall und Widerspruch.) Großer Lärm riefen die Ausführungen eines Oppositionsredners hervor, der den Kongreß als eine von Gnaden der Gewerkschaftsbureaukratie zusammengekommene Versammlung bezeichnete. — Dem Zwischenfall wurde schließlich ein Ende gemacht durch einen mit allen gegen wenige Stimmen gefaßten Beschluß, die Geschäftsberichtsdebatte abzubrechen und zur Tagesordnung überzugehen. — Mit demselben Stimmenverhältnis wurde dann der Antrag auf Abjehung der beiden Vorsitzenden abgelehnt. (Starker Weißfall.) Die Abstimmung zeigte, daß hinter dem demonstrativen Vorstoß der Opposition nur etwa 50 Delegierte standen.

Unbrecht wünschte eine Erklärung abzugeben gegen Ausführungen, die sowas gegen das „Korrespondenzblatt“ des Gewerkschaftsbundes gemacht hatte. — Der Kongreß, vom Vorsitzenden Grafmann befragt, war gegen die Entgegennahme der Erklärung. Unbrecht verzichtete auf das Wort.

Mitglieder der U. S. P. gaben durch den Mund des Vorsitzenden Grafmann die Erklärung ab, sie wüßten nichts von der durch Schaumburg verlesenen Erklärung.

Vorsitzender Grafmann gab bekannt, daß im Vorraum eine Deputation der Arbeitslosen erschienen sei, die verlangt, mit beschließender Stimme am Kongreß teilzunehmen. Die Deputation ging aus vom Reichsarbeitslosenrat. Sie drohte, wenn ihr Verlangen abgelehnt werden sollte, werde eine Demonstration der Arbeitslosen veranstaltet werden, die in den Saal eindringen werde. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Grafmann wurde beschlossen, einem Vertreter des Reichsarbeitslosenrates zu einer Erklärung das Wort zu geben.

Schmidt-Berlin, Vertreter des Reichsarbeitslosenrates, führte aus, die Regierung sei unfähig, irgend etwas Positives für die Erwerbslosen zu schaffen. Deshalb wollten die Arbeitslosen dem Kongreß ihre Anträge unterbreiten, denn die Betriebsräte hätten die Pflicht, den Arbeitslosen zu helfen, indem sie die Kontrolle in den Betrieben übernehmen und die Sabotage der Unternehmer verhindern. Der Kongreß sei verpflichtet, etwas Positives für die Arbeitslosen zu tun. Die Arbeitslosen verlangen den wirtschaftlichen Anschluß Deutschlands an Rußland und energische Sozialisierungsmassnahmen. Die Diktatur des Proletariats müsse verwirklicht werden. Auf andere Weise sei das Elend der Arbeitslosen nicht zu beseitigen. Der Kongreß müsse die Frage der Erwerbslosen auf die Tagesordnung setzen. Wenn er das nicht tue, habe er gar keinen Wert und die Arbeitslosen würden gegen den Kongreß sein. (Beifall.)

Vors. Grafmann erklärte: Wir sind alle daran interessiert, daß die Arbeitslosen ausreichend unterstützt werden und für Arbeitslosigkeit gesorgt werde. Zur Besprechung der Frage der Arbeitslosigkeit würde die Zeit des Kongresses nicht ausreichen, doch könnten Anträge entgegengenommen werden zur Übermittlung an die zuständigen Stellen. Daß wir alle den Arbeitslosen helfen wollen, darüber sind wir einig. (Zustimmung.)

Auf Vorschlag von Aufhäuser und Grafmann wurde beschlossen, die Diskussion über das Arbeitslosenproblem zu verbinden mit der Diskussion über die Referate von Wissell und Silberding.

Die Vertreter des Reichsarbeitslosenrates nehmen an den Verhandlungen teil.

Hierauf wurde die Diskussion über die Referate von Wissell und Silberding eröffnet. Damit wurde die Besprechung der von der Arbeitslosenvertretung eingereichten Anträge verbunden.

Kiel-Dortmund (Bergarbeiter) schilderte die Verhältnisse der Bergarbeiter und sagte, durch die Sabotage der Unternehmer werde die Kohlenförderung künstlich niedergehalten. Das Arbeitsgerät sei in so schlechtem Zustande, daß die Arbeitsmöglichkeit nur zum Teil ausgenutzt werde. Der Redner befürwortete die Vollsozialisierung des Bergbaues. Die Arbeiter wollen zur Durchführung des Spa-Abkommens tun, was sie können, aber sie wollen nicht hungern, um den Ansprüchen des Auslandes zu genügen. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten beschäftigt werden, wenn die Kultivierung des Oedlandes in Angriff genommen werde.

Sattke-Hamburg (Eisenbahner) führte aus, das Defizit der Eisenbahn werde hauptsächlich auf die Arbeitsunlust der Arbeiter zurückgeführt. Wichtig sei dagegen, daß die Preise der Materialien auf das Zwösfache, die Eisenbahnbetriebe um das Fünffache gestiegen seien und gleichzeitig sei der Verkehr bedeutend zurückgegangen. Das ernüchtert aber nicht, daß die Zahl der Arbeiter verringert werde. Die bürokratische Verwaltung habe das Eisenbahnmateriale fast bis zur Unbrauchbarkeit heruntergewirtschaftet. Wenn die Betriebsräte die Anschaffung von Werkzeug und Maschinen beantragen, werde es abgelehnt. Aber später, wenn die Preise auf das Mehrfache gestiegen sind, werden die Sachen angekauft. Die Tätigkeit der Betriebsräte werde durch die Verwaltung behindert. Wenn nicht die Bureaukraten durch Sachmänner ersetzt werden, könne es nicht besser werden. Am den Arbeitslosen Arbeitslosigkeit zu schaffen, müssen die Doppelexistenzen beseitigt werden. (Weißfall.)

Schneider-Berlin bezeichnete es als die heiligste Pflicht der Betriebsräte, nicht in die Hände der Arbeiter zu tragen, damit bessere Zustände herbeigeführt werden. Um die Volksbildung zu heben, müsse die Einheitschule eingeführt werden. Die Lehrpläne müßten nicht mehr in der jetzt üblichen Weise, sondern in Lehrwerkstätten ausgebildet werden. Die Gewerkschaften müßten sich in Verbindung mit den Betriebsräten auf Massenaaktionen vorbereiten.

Gauning-Chemnitz sprach gegen die Arbeitsgemeinschaften, da diese nur den Kapitalismus stärken. Wir fordern die Sicherung der proletarischen Existenz. Sie kann uns in der kapitalistischen Wirtschaft nicht genährt werden. Die Wirtschaft kann nicht wieder aufgebaut werden mit den Mitteln eben dieser kapitalistischen Gesellschaft. Dazu sind andere Wege zu beschreiten. Die Vollsozialisierung muß durchgeführt werden. Um den Kapitalismus zu überwinden, müssen wir die politische Macht erringen. Dem gesamten kapitalistischen Staatssystem müssen wir schärfsten Kampf anlagen. Das Betriebsrätegesetz ist eine Fessel, die uns in der Durchdringung unserer Forderungen hindert. Die Einheit des Proletariats kann nicht von einem Kongreß wie diesem durchgeführt werden. (Weißfall bei der Minderheit.)

Die im Vorraum wartende Delegation der Arbeitslosen wurde mit beschließender Stimme zugelassen.

Zu weiteren Verlauf der Debatte führt

Kay-Berlin aus: Die Unternehmer der Edelmetallindustrie hinterziehen einen Teil der Ausfuhrsteuer, indem sie den Wert der Ware nur zum Teil deklarieren und den anderen Teil ihren Abnehmern im Auslande zuschieben lassen. Der Redner verlangt Massnahmen gegen die Vermögensverschlebung und fordert die Zusammenfassung der Betriebsräte zu Bezirkswirtschaftsräten sowie durchgreifende Arbeitslosen-sorsorge. Unverzüglich müsse die kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische Gemeinwirtschaft übergeführt werden. Wenn man uns nicht an den Aufbau der Wirtschaft teilnehmen läßt, mag die Wirtschaft zusammenbrechen.

Hierauf kommt es zu einem Zwischenfall. Ein Redner teilt mit, daß vor dem Lokal Sicherheitspolizei in ziemlich beträchtlicher Stärke postiert sei, um eine von irgend jemandem geplante Demonstration gegen den Kongreß im Reine zu verhindern. Es wird behauptet, die Leitung des Kongresses hätte sie gerufen. Wlat,

Dihmann und Grafmann bemerken dazu, daß selbstverständlich das Bureau es ablehnt, die Sippe zu irgendwelcher Hilfe herbeizurufen. Der Kongreß, der selbstverständlich mit den Forderungen der Arbeitslosen konform geht, kann gar nicht anders, als diesen Arbeitslosen das weitgehendste Entgegenkommen zu bezeugen. Nach Rücksprache des Vorsitzenden Grafmann mit dem Leiter des Sicherheitskommandos wird dieses sofort wieder in seine Quartiere.

Müller (Landarbeiter) führt Einzelfälle dafür an, daß landwirtschaftliche Unternehmer in ihrer Produktion die Interessen der Allgemeinheit verletzen und die Betriebsräte maßregeln, welche dagegen einzuschreiten versuchen. So werden also die Landarbeiter gehindert, den Interessen der Allgemeinheit zu dienen. Bei geregelter Produktion könnten Tausende von Arbeitslosen in der Landwirtschaft beschäftigt werden, aber alle dahingehenden Bestrebungen der Arbeiter scheitern am Widerstande der Junker. Sehr große Mengen von Getreide könnten der Allgemeinheit zugeführt werden, wenn das Deputat der Landarbeiter auf das für ihre Ernährung nötige Maß beschränkt werde. Aber die Gutsherrscher haben nach der Freigabe des Deputats daselbst auf das doppelte Maß erhöht, um die Arbeiter anzureizen, mit dem Korn Schwemmen zu mähen. Dadurch glauben die Gutsherrscher zu erreichen, daß auch ihnen die Verfertigung von Getreide gestattet werde. Der Redner ersucht um Unterstützung der Bestrebungen der Landarbeiter. (Weißfall.)

Zur Durchführung der zum ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung vorliegenden zahlreichen Anträge wurde eine Kommission von 10 Mitgliedern eingesetzt, auch die beiden Referenten sollten an den Arbeiten der Kommission teilnehmen.

Die Diskussion wird dann fortgesetzt.

Gaas-Suttgart (Bauarbeiter) machte Mitteilung von Vorschlägen zur Sozialisierung des Baugewerbes, die von den Stuttgarter Bauarbeitern an die Behörden gestellt, aber abgelehnt wurden. Regierung und Gemeindebehörde seien gegen die Sozialisierung.

Die Debatte wird geschlossen, jedoch erhält noch das Wort Schmidt-Berlin als Vertreter der Arbeitslosen. Er begründet folgende Forderungen der Arbeitslosen, die durch den Kongreß der Regierung unterbreitet werden sollen: Keine Stilllegung der Betriebe. Verfürgung der Arbeitszeit darf nur mit Zustimmung der Betriebsräte erfolgen. Die stillgelegten Betriebe sollen wieder eröffnet werden. Das dazu nötige Kapital soll durch Wechseltagnahme des ganzen Vermögens der Unternehmer beschafft werden. Die Industrie soll sofort umgestellt werden auf Erzeugung des Bedarfs der großen Masse. Abgelung des Absatzes und der Preise durch die Betriebsräte. Verteilung der Lebensmittel durch die Konsumgenossenschaften. Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Bis diese Forderungen erkämpft sind, wird verlangt, die Erwerbslosenunterstützung auf die Höhe des Lohnes der beschäftigten Arbeiter. Dieselbe Unterstützung sollen die Rentenempfänger neben der Rente erhalten. Weiter wird gefordert: Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Unterstüftung, weitestgehende Fürsorge für die Kriegsgeschädigten und für die Kinder. — Die Arbeitslosen verlangen, daß die Betriebsräte sowie die in Arbeit stehenden Arbeiter in eine Aktion für diese Forderungen eintreten. Wenn das nicht geschieht, können die Arbeitslosen nicht hoffen, daß ihnen die Betriebsräte helfen. (Weißfall.)

Vors. Aufhäuser: Der Kongreß hat ein warmes Herz für die Arbeitslosen und volles Verständnis für ihre Lage. (Zustimmung.) Es wird sich empfehlen, daß die Anträge der Arbeitslosen einer dauernd einzusetzenden Körperschaft zur Erledigung überwiesen werden. Eine solche Körperschaft kann morgen eingesetzt werden. Der Kongreß hat den ernststen Willen, seine Kräfte für die Lösung des Arbeitslosenproblems einzusetzen.

Wissell (Schlußwort): Die Anträge der Arbeitslosen enthielten vieles, was man unterschreiben könne. Massnahmen gegen Stilllegung der Betriebe und Verfürgung der Arbeitszeit müssen natürlich getroffen werden. Aber der Vorschlag, das Vermögen der Unternehmer in Beschlag zu nehmen, führe nicht zum Ziel. Es müsse aber betont werden, daß man in den Betrieben, die noch nicht sozialisiert werden können, nicht alles laufen lassen darf wie es will, denn sonst würde das Elend nur vergrößert werden. Der Sozialismus ist unser Ziel, das ich durchaus nicht verwässern will. Aber die Sozialisierung kann nur dann voll verwirklicht werden, wenn die Arbeiter zur Willkür der Produktion erzogen sind. (Lebhafter Weißfall.)

Silberding (Schlußwort): Ich halte es für irrig, daß das Proletariat auf ein Signal an einem Tage die politische Macht erobern kann. Die Eroberung der politischen Macht ist die Folge einer Reihe von Kämpfen, in denen eine Machtposition nach der anderen erobert wird. In der Sozialisierung des Bergbaues kann es keine Zwischenlösung, sondern nur die Vollsozialisierung geben. Wir stehen jetzt vor der Frage der Sozialisierung des Bergbaues. Das ist eine Sache, die nicht nur die Bergarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft angeht. In dieser Frage sind die deutschen Arbeiter die Vor kämpfer der Arbeiter der ganzen Welt. Die Sozialisierung des Bergbaues ist der Anfang der Durchführung des Sozialismus in vollem Umfange. Der Kampf für die Erreichung dieses Zieles muß mit aller Kraft von der gesamten Arbeiterschaft in geschlossener Einheitsfront er kämpft werden. (Lebhafter Weißfall.)

Die folgenden, von den Referenten beantragten Resolutionen wurden mit allen gegen einzelne Stimmen angenommen.

I.

Die zweijährigen Verjude, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert. Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen scheinbaren Aufschwung nach Aufhebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltsamem Zerfall. Die Produktion stößt, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochen, Maschinerie ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Selbstverwertung und Wertschwundverschlechterung sperrt Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigendem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankrott der Staatsfinanzen sperrt Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Selbstverwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolpreisen an. — Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch Tausende Rinten und Lagen der Besteuerung zu entziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen. — Auf den bisherigen Wegen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftskrise, wonach die Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten diene, hat ihre innere Unwahrheit jedem klar offenbart. Sie darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen. — Je weiter der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die körperliche und geistige Schwächung und Verflummerung aller Arbeitskräfte vom Handarbeiter bis zum Techniker und Erfinder fortschreitet, um so schwieriger wird der Wiederaufbau. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang förderte, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Aushilfsarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden. Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher

Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

II.
Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Siege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt hat. Nur die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Aushilfsarbeiter. Der Kongreß erblickt in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzuführen.

Ferner wird ein Antrag einstimmig angenommen, der mit dem Wunsch für den Sieg des russischen Proletariats die Betriebsräte verpflichtet, die Erzeugung von Waffen und Munition für den Kampf gegen Rußland sowie den Transport derselben zu verhindern.

Alle übrigen Anträge werden dem morgen zu wählenden Beirat überwiesen.

Der Kongreß will in den dritten Punkt der Tagesordnung: Die Aufgaben der Betriebsräte eintreten. Zuvor stellt Kuhn erneut den Antrag, zu diesem und dem vierten Punkt Korreferenten zuzulassen, und zwar solche, die auf dem Boden der Dritten Internationale stehen.

Kreuter-Mainz wendet sich gegen den Antrag. Der Antrag zeige, daß die Opposition so schwach sei, daß sie einen Korreferenten von außen holen müsse. (Großer Lärm bei der Opposition. Ein schriller Pfiff ertönt.)

Vorsitzender Aufhäuser rügt dies unparlamentarische Verhalten.

Nachdem noch einige Redner für den Antrag gesprochen hatten, wird er mit 458 gegen 379 Stimmen angenommen. (Lebhafter Weißfall bei der Opposition.) Die Debatte über diese und andere Geschäftsordnungsanträge hatte zwei Stunden in Anspruch genommen. Da es inzwischen 8 Uhr geworden war, wurde die Sitzung auf Donnerstag 8 Uhr verlagert.

(Schluß des Berichts in nächster Nummer.)

(Wie wir vorher bemerken wollen, würden die Resolutionen der Referenten angenommen, die des Referenten Dörmann nahezu einstimmig, bezugnehmend die des Referenten Röpel. Die Resolution Wlat trat die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes und der Afa auf Bildung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale im Gegensatz zu den Vorschlägen der Opposition. Die Resolution Dihmann zeichnete die Aufgaben der Betriebsräte in Verbindung mit den Gewerkschaften, die Resolution Röpel verlangt Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Die in grundlegendem Gegenstand dazu stehenden Resolutionen der Opposition waren damit abgelehnt.)

Angestellte und Internationale.

Am 29. September hat im Industriebeamtenhaus zu Berlin die große Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) getagt und zur Frage der Gewerkschaftsinternationale Stellung angenommen. Nach mehrstündiger eingehender Debatte wurde das nachstehende Manifest angenommen:

I.
„Unter den Wirkungen des vom internationalen Kapitalismus entfesselten Weltkrieges ist in allen Ländern eine völlige Desorganisation und Verarmung der Wirtschaft eingetreten. Dadurch wurde — beim Fortbestande der chaotischen kapitalistischen Privatwirtschaft — die wirtschaftliche Lage der nur von dem Ertrag ihrer Arbeitskraft Lebenden auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt.

Eine Beseitigung dieser Wirkungen ist im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unmöglich. Nur planmäßige gemeinwirtschaftliche Zusammenarbeit aller Völker kann einen Ausweg aus dieser Lage bringen.

Die Friedensbedingungen der Verträge von Versailles und St. Germain, weit davon entfernt, eine Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit der Völker am Wiederaufbau Europas zu bieten, sind nur Ausfluß der zügellosen imperialistischen Begierden der Bourgeoisie der abliegenden Staaten; ihre Beseitigung und ihr Ersatz durch ein Abkommen im Geiste der Menschlichkeit und des Völkerfriedens ist nur durch den einmütigen Willen des Proletariats der siegreichen Staaten möglich. Nur durch einmütige geschlossene Aktionen der internationalen Arbeiterbewegung können alle Veruche, neue imperialistische Kriege zu entfesseln oder reaktionäre Staatsstreich abgewehrt werden.

II.

Die freien Gewerkschaften der Kopf- und Handarbeiter aller Länder bedürfen deshalb des festgelegten, zielklaren internationalen Zusammenschlusses. Eine leistungsfähige Gewerkschaftsinternationale muß sich aus leistungsfähigen Landesorganisationen zusammenschließen. Nur diese verfügen über die erforderlichen Kenntnisse des sozialen Kräfteverhältnisses ihres Landes, um die in jedem Falle zweckmäßigsten Massnahmen beurteilen, ergreifen und durchführen zu können. Sie müssen deshalb in ihren Entschlüssen autonom sein.

Jede diktatorische internationale Zentralisation führt zur dogmatischen Erarrung und zu praktischen Niederlagen.

Die Gewerkschaften haben ihre Direktiven ausschließlich von ihren Mitgliedschaften entgegenzunehmen.

Es wäre deshalb ein unerträglich Zustand für die Gewerkschaften, wenn sich in ihnen festgeschlossene Zellen bildeten, die ihre Direktiven von außerhalb der Gewerkschaften stehenden diktatorischen Instanzen erhielten, denen sie sich bedingungslos zu fügen haben. Die Entfesselung eines Meinungsstreites, wie er die politische Arbeiterbewegung zerrissen und gelähmt hat, wäre das Verhängnis für die gewerkschaftliche Befreiungsarbeit.

Eine erfolgreiche systematische Arbeit der Betriebsräte setzt ihre Eingliederung in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung voraus. Jede selbständige Sonderorganisation der Betriebsräte ist als zersplitternd und gewerkschaftsschädlich abzulehnen.

III.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) erkennt als unerläßliches Erfordernis für die freigewerkschaftliche Arbeit der Angestellten die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund an. Sie lehnt die Bedingungen des 2. Kongresses der 3. (Kommunistischen) Internationale, soweit sie sich auf die Gewerkschaften beziehen, ab, da sie in ihm keine Grundlage erblickt, auf der

eine tragfähige, aktionsbereite, auf dem Willen der breiten Masse der freigewerkschaftlich denkenden Arbeiter und Angestellten sich stützende Gewerkschaftsinternationale möglich ist.

Die Afa erklärt sich bereit, mit der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung aller Länder eine feste dauernde organisierte Zusammenarbeit herzustellen und zugleich die Internationale der Kopfarbeiter Hand in Hand und in dauernder organisatorischer Zusammenarbeit mit der Internationale der Handarbeiter, dem Internationalen Gewerkschaftsbund, zu einer großen Internationale aller Kopf- und Handarbeiter der Welt auszubauen.

„Die vom 2. Kongress der 3. (kommunistischen) Internationale aufgestellten Thesen zur Gewerkschaftsbewegung verpflichten die der kommunistischen Partei angehörenden Gewerkschaftsmitglieder zur Bildung kommunistischer Zellen innerhalb der Gewerkschaften. Als Aufgabe dieser Zellen wird es in den Thesen unzweideutig bezeichnet, die Gewerkschaften in den Dienst der kommunistischen Parteiziele zu stellen.

Die am 29. September 1920 versammelten Vertreter der Afa rufen deshalb alle Mitglieder der freien Angestelltenverbände auf, den Gewerkschaftsmitgliedern der 3. (kommunistischen) Internationale und der von der Bildung kommunistischer Zellen in ihren Gewerkschaften drohenden Gefahr entschlossen entgegenzutreten und die Einheit und Geschlossenheit ihrer gewerkschaftlichen Kampforganisationen zu wahren.

Der Afa-Vorstand und die Vorstände der angeschlossenen Verbände werden beauftragt, gegen Mitglieder, die diesem Beschlusse zuwiderhandeln, mit allen jagungsgemäß zulässigen Mitteln vorzugehen.“

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
F. A.: Der Vorstand.
Aufhäuser. Klingen. Erf.

Konferenz der Handwerker und Heim-arbeiterinnen Oberfrankens.

Die Konferenz fand am 26. September im Saalfränkchen Saale in Helmbrechts statt.
Tagesordnung: 1. Die Lohnverhältnisse der Handwerker. (Referent: K a i t h e l - S o f und L a n g e - Meerane. 2. Die Lohnverhältnisse in der Handstickerei. (Referent: B a d t i ü b n e r - Dresden. 3. Anstellung eines Geschäftsführers für die Handwerker. 4. Sonstiges.

In die Präsenzliste sind eingetragen: 1 Vertreter des Zentralvorstandes (Kollege Süßich-Berlin), 3 Vertreter der Gauleitungen (die Kollegen D e f f n e r, B a d t i ü b n e r und Z w a b r), 7 Geschäftsführer (Sof, Meerane, Falkenstein, Bayreuth, Mündberg, Plauen), 41 Delegierte aus 38 Orten, und zwar 35 Handwerker und 6 Kollegen anderer Berufe.

In das Bureau wurden gewählt als Vorsitzende die Kollegen D e f f n e r - M ü n c h b e r g und L e u p o l d - H e l m b r e c h t s, als Schriftführer G e l l e r - M ü n c h b e r g.

Hierauf ergriff Kollege K a i t h e l das Wort. Er schilderte mit marfanthen Worten die Verhältnisse in der Handweberei, insbesondere den Entwicklungsgang dieses Erwerbszweiges. Wie früher, so sind die Handwerker auch heute noch ein willenloses Ausbeutungsobjekt des Unternehmertums, da ihnen die Kraft fehlt, sich energisch zur Wehr zu setzen. Wenn auch schon in den 90er Jahren der Organisationsgedanke Fuß gefaßt hatte, so ist es doch nicht gelungen, die Handwerker von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zu überzeugen. Erst im Laufe des Krieges entstand der sogenannte Handwebereibund, der aber auch nicht die Organisation war, von der die Handwerker Hilfe erwarten konnten. Als dann der Deutsche Textilarbeiterverband durch einen in Hof gefällten Schiedsspruch als die Organisation der Handwerker anerkannt wurde und sich die Handwerker organisierten, war es möglich, einen Tarifvertrag abzuschließen, der den Handwebern 800 Proz. auf die Friedenslöhne brachte. Allein, aller Anfang ist schwer und eine Revision des Tarifes ist notwendig geworden. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, damit der Handwerker nicht mehr einen großen Teil der Arbeit unbezahlt verrichten muß.

Kollege L a n g e - M e e r a n e schilderte die Lohnverhältnisse in Sachsen und hob hervor, daß in Sachsen Löhne gezahlt werden, die pro Meter um 4 Mk. höher seien als in Oberfranken. Daher hier guter, dort sehr flauer Geschäftsgang. Wenn man sich gegenseitig unterstützt, werden alle beschäftigt werden können, und der oberfränkische Handwerker werde besser bezahlt werden können.

Sämtliche Diskussionsredner sprachen im Sinne der Referenten. Nach sachlicher Debatte wurde eine Kommission gebildet, die einen neuen Tarif ausarbeiten und auch als Verhandlungskommission tätig sein soll. Der Kommission gehören an: K ü n s e l - L e u p o l d s g r ü n, K ö h l e r - M ü n t e n s e l b i c, T h i r o f f - B e r n s t e i n, E b e r h a r d t - S e i f e r s r e u t h, T a u b a l d - M o r n e r, G l o z - G a u e i s e n und B e n k e r - S t r e i t a u. — Gauleiter D e f f n e r verlangte bessere Information der Gauleitung durch die Filialen.

Kollege B a d t i ü b n e r besprach dann in längeren Ausführungen die Entwicklung in der Stickereiindustrie und den gegenseitigen Konkurrenzkampf zwischen Sachsen und Bayern. Auch hier seien einheitliche gemeinsame Tarife abzuschließen, damit das gegenseitige Mißtrauen verschwinde.

Beisammen wurde, für die Handwerker und Heimarbeiterrinnen, einschließlich der Filiale Helmbrechts, einen Geschäftsführer anzustellen. Die Stelle ist im „Textilarbeiter“ auszusprechen und allgemein die Notwendigkeit eines einheitlichen

Beitrages für alle Handwerker anerkannt. Kollege D e f f n e r betonte, daß ein Stundenlohn in der Woche entrichtet werden müsse, wenn die Kollegen greifbare Erfolge erzielen wollen. Nur wer für die Organisation Opfer bringe, könne von ihr Hilfe verlangen. Im Sinne dieser Notwendigkeit müsse jeder wirken. Mit dem Wunsche, daß die Konferenz auch auf die noch fernstehenden Handwerker gut gewirkt haben möge und daß es gelingen werde, durch zähe Agitationsarbeit den letzten Handwerker zu erfassen und man sich recht bald einmal besonders mit den Stickerrinnen beschäftigen könne, schloß Kollege D e f f n e r die Konferenz, die hoffentlich ein Markstein in der Geschichte der oberfränkischen Handwerker sein wird.

Aus den Gewerkschaften.

Ein Doppeljubiläum.

Ein Doppeljubiläum feierte am 1. Oktober „Der Maschinenist und Geizer“. Das Blatt bestand an diesem Tage 25 Jahre, aber auch sein erstmaliger Redakteur, Genosse Karl Kirchnick, der vor Monaten seinen hiezigsten Geburtstag beging, steht so lange im Dienste des Blattes bzw. des Verbandes der Maschinenisten und Geizer. Die Nr. 41/42 des Blattes erschien aus diesem doppelten Anlaß im Festgewande. Es enthält viel das Blatt und den Verband betreffendes geschichtlich Denkwürdiges.

Aus der Textilindustrie.

Die Differenzen in Wolfenbüttel i. Sa. (Weber und Hilfsmeister) sind beigelegt.

Aus dem Bezirk Ulm wird uns über die Geschäftslage berichtet: Die geschäftliche Lage in den Spinnereien, Webereien und Strickereien bessert sich zusehends, ebenso in der Trikotagenindustrie. Schwierigkeiten ersterer Natur haben die Leinenindustrie und die Kunstwollfabriken, erstere wegen Mangels an Glas, letztere wegen mangelnden Abzuges der Kunstwollprodukte. Der Leinenindustrie werden nur 4 Proz. des Friedenskontingentes zugewiesen. (Dafür wird der Glas durch Reichsstellen ins Ausland geschoben.) Bezüglich der Kunstwoll- und Sortierbetriebe wurde durch die Geschäftsstelle Ulm Klage erhoben, und am 13. Juli wurde ein Schiedsspruch gefällt. Durch Antrag beim Demobilisierungskommissar für Verbindlichkeitserklärung wurde die Angelegenheit am 21. September erneut an den Schlichtungsausschuß verwiesen. Dort wurde eine Kommission bestimmt, die die Verhältnisse in den Betrieben zu prüfen. Am 28. September wurde dann Beschluß gefaßt. Während der Kriess sind acht Schiedssprüche und Entscheidungen wegen Entlassungen und Betriebsstilllegungen zugunsten der Arbeiterenschaft herbeigeführt worden. Die Arbeitslosigkeit wurde dadurch auf Kurzarbeit beschränkt. Seit Ende September ist die Kurzarbeitszeit behoben bis auf einen Kunstwollbetrieb und die Leinenindustrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes ist in den verschiedenen Zweigen wiederum verschieden zu beurteilen. In der Wirkwarenindustrie ist der Geschäftsgang, soweit bestimmte Artikel in Betracht kommen, etwas gebessert, im ganzen aber noch ungünstig. In der Hauptfache sind es die Zwischenhändler, welche größere Umsätze erzielen konnten, während die Fabrikanten mehr oder weniger mit Beschränkung zu arbeiten gezwungen sind. Etwas mehr Nachfrage herrscht für wollene und halbwoollene Gewebe, doch sind auch hierfür die Umsätze infolge der hohen Verkaufspreise noch beschränkt. In baumwollenen und ähnlichen Artikeln sollen wiederum die Zwischenhändler, allerdings bei billigeren Preisen, größere Umsätze erzielt haben. Die allgemeine Lage in der Baumwoll-, Leinen- und Juteindustrie bleibt aber unverändert.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Nach Länge zum Siderstreik. Die Berliner Stickereiindustrie bietet ein ganz eigenartiges und vielseitiges Bild; das trat bei diesem Kampf je recht in die Erscheinung. Beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nehmen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen eine abweichende Stellung ein. Es kommen nur kleine handwerkemäßige Betriebe in Frage mit nur wenig Beschäftigten. Hierdurch entsteht ein patriarchalisches, oder noch richtiger gesagt, familiäres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung zwingen die Arbeitgeber zum organisierten Zusammenschluß, ja sogar zu einem besseren Zusammenschluß, als er bei den Arbeitnehmern zu verzeichnen war. Sodann muß beachtet werden, daß nur Saisonarbeit in Frage kommt, die von der jeweiligen Mode beherrscht wird. Ist die Saison eine gute, dann fehlt es in den Betrieben an genügenden Arbeitskräften und es werden nach Bedarf Heimarbeiter beschäftigt. Bei dem steten Wechsel zwischen guter und schlechter Saison leidet das Organisationsverhältnis der Arbeitnehmer und selbstverständlich auch das Lohnverhältnis. Aus allen diesen Ursachen erklären sich die niedrigen Lohnsätze des alten Tarifvertrages. Dieses erkannte auch der Schlichtungsausschuß an und er bestimmte in seinem Schiedsspruch eine 40- bis 50prozentige Lohnerhöhung, die aber die Arbeitgeber rundweg ablehnten. Auch der Demobilisierungskommissar erklärte die Tariflöhne für zu niedrig, lehnte aber mit einer ganz eigentümlichen und unverständlichen Begründung die Verbindlichkeitserklärung ab. Hierdurch machte er sich zum eigentlichen Veranlasser des Streiks. Eine ganz sonderbare Amtsführung, anstatt zu schlichten, um wirtschaftliche Kämpfe zu vermeiden, wird Öl ins Feuer gegeben, damit es recht lustig brennt. Alle Achtung vor solcher Weisheit. Die Arbeitnehmer mußten doch der Meinung sein, daß ihre Forderung eine gerechte sei, wenn maßgebende Behörden ihr die Anerkennung zusprechen. Die Arbeitgeber aber wurden durch die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung in ihrer ablehnenden Haltung gestärkt und es kam zum Streik, denn die geringen Zugeständnisse der Arbeitgeber während der Verhandlungen konnten die Arbeitnehmer nicht befriedigen.

Wenn nun auch die Arbeitgeber den Schiedsspruch abgelehnt hatten, so mußten sie doch damit rechnen, daß dieser Spruch vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt wurde, und sie kalkulierten die neuen Preise mit den höheren Löhnen, aber nach Aussage der Arbeitgeber nur für einige Wochen, weil die Kundschaft diese hohen Preise nicht zahlen wollte. Bei Streikausbruch machen wir in einem Zeitungsartikel darauf aufmerksam, daß hierdurch die Arbeitgeber den erzielten Mehrprofit in ihre Taschen steckten. Hiergegen erhoben sie Einspruch und verlangten von uns eine Richtigstellung, die wir geben wollten, wenn die Arbeitgeber uns durch Vorlegung ihrer Bücher davon überzeugten, daß sie nicht mit den höheren Löhnen kalkuliert haben. Dieses ist bis heute nicht geschehen, folglich ist die Streikfrage noch nicht geklärt. Wir wollen aber gern zugeben, daß nicht alle Firmen gleichmäßig kalkuliert

haben. Um aber genaues hierüber sagen zu können, müßte uns Einsicht in die Kalkulationsbücher gestattet werden. Der Streik ist durch Vergleichsverhandlungen beigelegt worden, und die vereinbarten Löhne sollen bis zum 15. November 1920 Geltung haben, ebenfalls die familiären Bestimmungen des alten Tarifvertrages. Nach dieser Zeit soll ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden; eine weitere Erhöhung der Löhne soll dann die Grundlage der Verhandlung sein.

Wenn nun geprüft wird, wer die Schuld an dem Ausbruch des Streiks trägt, so müssen wir sagen, neben den Arbeitgebern der Demobilisierungskommission mit seinem oben skizzierten eigenartigen Spruch. Wir werden deshalb noch weitere Schritte unternehmen.

Berlin. (Zur Nachahmung.) Die Berliner Wollhaspel-Lindenau u. Pinfsohn zahlte schon seit mehreren Wochen ihren durch Betriebsstilllegung arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen wöchentlich 15 Mk. Unterstützung. Jetzt hat sich die Firma durch Verhandlung bereit erklärt, bei 14 äußerst bedürftigen und allein stehenden Arbeiterinnen diese Unterstützung um soviel zu erhöhen, daß ein Gesamtwocheninkommen von 70 Mk. erreicht wird, und im Falle des Vorhandenseins von ernährungspflichtigen Kindern außerdem pro Kopf 15 Mk. Diese Erhöhung der Unterstützung hatte zur Folge, daß die Arbeit teilweise wieder aufgenommen werden konnte.

Brandenburg a. d. S. (Berichtigung.) In Nr. 41 hieß es irrtümlich, daß bei dem Vorstellwerden einer Delegation bei einem Vertreter der Regierung in Potsdam auch die Filiale Berlin durch eine Delegation vertreten gewesen sei. Für Berlin ist die Regierung in Potsdam nicht zuständig. Berlin konnte deshalb auch nicht bei ihr vorsprechen. Die Berliner Vertretung betraf nur die Gauleitung, nicht die Filiale Berlin.

Freiburg i. Br. Am 27. 9. hielt unsere Filiale eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Gauborstandesmitgliedes Kollegen Bürger aus Stuttgart über die wirtschaftliche Lage in der Textilindustrie und die neue Lohnforderung. In interessanten Ausführungen und treffenden Worten zeigte uns der Redner, welche Ursachen die heutige schlechte Lage der Textilarbeiter verschuldet haben. Zur Lohnfrage berichtete Kollege Bürger, daß der Vorstand beschloßen habe, eine 50prozentige Teuerungszulage zu verlangen. Es müsse alle Macht der Organisation angewandt werden, um diese Forderung durchzubringen. In der Aussprache wurde fast durchweg der Wunsch laut, daß die Gauleitung ihr möglichstes daransetzen möchte, daß unsere Löhne denen in Württemberg gleichgestellt würden. — Weiter wurden noch zwei Revisionen gehandelt. — Mit einem kräftigen Appell zu festem Zusammenhalten in der freigewerkschaftlichen Organisation schloß der Vorsitzende die wirklich anregend verlaufene Versammlung.

Günzburg. Am Sonntag, den 3. Oktober, fand im Kronensaal eine Textilarbeiterversammlung statt. Kollege Settele aus Augsburg sprach über: „Teuerung und Löhne“. Es wurde einstimmig die Forderung einer 50prozentigen Teuerungszulage auf die jetzt bestehenden Lohnsätze gefordert.

Penig i. S. Wir machen die Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam, daß unsere nächste Versammlung am Sonnabend, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in den „Reichshallen“ stattfindet und laden zu recht zahlreichem Besuch ein.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 17. Oktober, ist der
42. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.
Gau Cassel. Grünberg i. S. V. und K. Friz Deichmeyer, Lendorferstr. 47.

Gau Düsseldorf. Eiberfeld. K. Rudolf Kattberg, Geschäftsführer, Karlstr. 3a. — Bierjen. V. Karl Buschhaus, Klosterstr. 31. K. J. Hendricks, Geschäftsführer, Große Bruchstr. 25.

Gau Stuttgart. Gauleiter: F. Hochstädt, Stuttgart, Alexanderstraße 53. Tel.-Nr. 11042. — Mürtingen. V. Johannes Schweizer, Heubdsstraße 18. — Stuttgart. Das Filialbureau befindet sich Alexanderstraße 53. Tel.-Nr. 11042.

Gau Augsburg. Augsburg. Tel.-Nr. 1931.

Gau Gera. Eisenberg. K. Ernst Hölzer, Carolinenstraße 14.

Gau Riegeln. Gebhardsdorf. V. Otto Schmidt, Neugebhardsdorf bei Gebhardsdorf, Nr. 83. K. Paul Weiße, Alt-Gebhardsdorf bei Gebhardsdorf, Nr. 8.

Gau Berlin. Magdeburg. Alle Sendungen bis auf weiteres an Karl Hohl, Magdeburg-W., Friesenstr. 51. — Wetzschau. Der Kassierer ist zu freizeiten. Alle Sendungen bis auf weiteres an den Vorsitzenden.

Ortsverwaltungen.
Neumünster. Das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Riane R a d t k e, Hilfsarbeiterin, geb. am 21. April 1897 zu Neumünster, eingetretten in den Verband am 8. Juni 1917 in Neumünster, ist angeblich verloren gegangen. Bei etwaigem Auffinden desselben eruchen wir es einzuziehen. D. D.

Löbau. Hier ist das Buch der Kollegin Franziska Kern, geb. 12. Juni 1895, eingetretten in den Verband 14. September 1918 in Löbau, verloren gegangen. Buch-Nr. 919 011. D. D.

Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 16. Oktober.

Verlag: Karl Süßich in Falkenberg-Alt-Sienide. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreffel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.